

Fürsorge statt Vorsorge

Immer mehr Selbstständigen droht Altersarmut. Die Politik kennt das Problem, ignoriert es aber

Von Olaf Wittrock

(...) wer schon in seinen besten Arbeitsjahren so wenig verdient, dass es gerade zum Leben reicht, hätte auch dann keine üppige Rente zu erwarten, wenn er verpflichtet würde, zu sparen. Kommen dann noch Übergangszeiten dazu, in denen kein Beitrag in die Rentenkasse fließt, ist schwerlich ein Rentenanspruch zu erreichen, der überhaupt das Niveau der sogenannten Grundsicherung erreicht (...). 359 Euro gibt es in Deutschland für jene, die mit 65 weder eigenes Vermögen noch Rentenansprüche besitzen. Dazu kommen Miet- und Heizkosten, macht zusammen für einen Alleinstehenden rund 659 Euro Grundsicherung pro Monat, finanziert aus Steuergeldern. (...) Selbst bei bestem Willen ist es vielen nicht einmal möglich, diesen Betrag anzusparen. Das hat der Volkswirt Michael Ziegelmeyer vom Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel im vergangenen Jahr ausgerechnet.

Wie man es auch dreht und wendet, was man nun als arm bezeichnet und welche Vergleichsgrößen man bemüht: Zwischen zehn und dreißig Prozent der Selbstständigen sind nach seinen statistischen Analysen nicht in der Lage, selbst im Alter für sich zu sorgen, ohne dafür schon im Erwerbsleben unter die Armutsgrenze zu fallen. Auch die üblichen Anreize des Staates für jene, die freiwillig sparen, verpuffen: Denn wer kaum Steuern zahlt, kann schließlich auch keine sparen. Und so spricht für mindestens eine halbe Million Selbstständiger in Deutschland der kühle ökonomische Verstand dafür, das Sparen lieber zu lassen. Und statt auf private Vorsorge auf staatliche Fürsorge zu vertrauen. Ökonom Michael Ziegelmeyer schließt aus seinen Daten allerdings nicht, dass allein deshalb nun eine Versicherungspflicht für alle Selbstständigen nötig wäre. Denn selbst wenn ein beachtlicher Teil am Rande der Armutsgrenze lebt, gibt es unter Unternehmern auch viele Besserverdienende, die genug sparen können, das auch tun und deshalb keinen zwanghaften Schutz durch die Gemeinschaft brauchen. (...)

Der vollständige Artikel erschien in „Die Zeit“ am 21. Oktober 2010.